

Beschluss

## **Für eine verantwortliche Afghanistanpolitik: Zivilen Aufbau ausbauen – afghanische Eigenverantwortung stärken – militärischen Abzug einleiten**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen zu ihrer Verantwortung für Afghanistan. Deshalb treten wir für einen zivilen Aufbauplan und eine militärische Abzugsperspektive ein. Im Rahmen einer zivilen Aufbauoffensive muss aber auch der schrittweise Abzug der internationalen Truppen in die Wege geleitet werden. Dies wollen wir in der jetzt beginnenden Legislaturperiode 2009 bis 2013 tun. Unser Ziel ist es, dass im Jahr 2010 zügig ein verbindlicher und gemeinsamer internationaler Plan zur Übergabe der vollständigen Verantwortung an die afghanischen Partner mit konkreten Zwischenzielen entwickelt wird. Dieser soll dazu beitragen, ein stabileres und friedlicheres Afghanistan zu erreichen.

Es gibt in Afghanistan Aufbauerfolge – aber es gibt auch Rückschläge. Stabilisierungserfolgen in einzelnen Regionen stehen Verschlechterungen in der Sicherheitslage vieler anderer Regionen gegenüber. Die Gewalteskalation auch im Einsatzbereich der Bundeswehr, die massiven Wahlfälschungen bei den Präsidentschaftswahlen oder die grassierende Korruption sind nicht weiter mit einer Politik des Durchwurstelns zu bewältigen. Ein „weiter-so“ führt zum Desaster. Die internationale und die deutsche Afghanistanpolitik bedürfen eines beherzten Kurswechsels, wie ihn wir GRÜNE seit langem fordern. Dass in den USA inzwischen offener über diesen notwendigen Kurswechsel diskutiert wird als in Deutschland, ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung im Hinblick auf die Afghanistan versprochene Hilfe. Es ist zudem unverantwortlich gegenüber den internationalen zivilen HelferInnen wie SoldatInnen in Afghanistan. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, schnellstmöglich eine unabhängige Experten-Kommission einzuberufen, die zügig das deutsche Engagement in Afghanistan analysiert, Misserfolge und Erfolge klar benennt und ihrerseits Konsequenzen für den zivilen Aufbauplan und die Abzugsperspektive der Bundeswehr vorschlägt.

Vier Jahre große Koalition waren auch für die deutsche Afghanistanpolitik verlorene Jahre. Union und SPD haben es versäumt, den Aufbau- und Stabilisierungsprozess zur außenpolitischen Priorität zu machen und eine verantwortliche Strategie zu entwickeln. Und wer sich wie die Linkspartei jeglichem internationalem Engagement per se verweigert, dem fällt auch für Afghanistan außer populistischen Parolen nicht viel ein.

Für die künftige schwarz-gelbe Regierung hat die FDP sich in den vergangenen Monaten bereits zur Wortführerin eines offensiveren militärischen Vorgehens der Bundeswehr gemacht. Wer aber in der Sackgasse Vollgas gibt, fährt nur schneller an die Wand. Der Schutz der Zivilbevölkerung muss absolute Priorität haben. Diese Anforderung wurde bisher nicht ausreichend erfüllt. Daher ist Kanzlerin Merkel im Unrecht, wenn sie jegliche Kritik daran zurückweist.

Ohne enorme Kraftanstrengungen für einen innerafghanischen politischen Verhandlungsprozess, ohne eine Änderung des militärischen Vorgehens und ohne einen massiven Aufbauprozess mit klaren Zielen und zeitlichen Vorgaben schließt sich das Zeitfenster für eine Stabilisierung Afghanistans endgültig. Angesichts der aktuellen Entwicklungen in Afghanistan und der Militärfizierung der bisherigen Bundesregierung stehen wir GRÜNE für eine neue Afghanistanpolitik.

### **Kundus: Die Bundeswehr konterkariert den Kurswechsel**

Die Bundeswehr ist, basierend auf einem Mandat der Vereinten Nationen, in Afghanistan, um die afghanische Regierung beim Aufbau des Landes und der Gewährleistung von Sicherheit zu unterstützen. Sie soll mit den afghanischen Partnern dazu beitragen, ein sicheres Umfeld für zivile HelferInnen zu schaffen und den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

Wir begrüßen, dass die US-amerikanische Regierung sich ernsthaft um eine andere Politik in Afghanistan bemüht. Nicht mehr die Gegnerbekämpfung, sondern Schutz und Respekt der Bevölkerung sollen im Mittelpunkt des Afghanistanengagements stehen. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die Vereinigten Staaten unter Präsident Obama den längst überfälligen Strategiewechsel einleiten und der Schutz der Bevölkerung höchste Priorität erhält, werden im Auftrag der Bundeswehr zwei von Taliban entführte und im Flussbett festsetzende Tanklastzüge bombardiert. Die schreckliche Folge waren über 90 Tote, darunter vermutlich 30 Zivilisten. Das Leben eines afghanischen Zivilisten zählt soviel wie das eines deutschen Soldaten. Mit diesem Anspruch ist es unvereinbar, den Tod von Zivilisten leichtfertig in Kauf zu nehmen, insbesondere, wenn keineswegs eine unmittelbare Bedrohung für andere Menschen vorliegt. Auch wenn die genauen Umstände noch immer ungeklärt sind, ist der Angriff nach bisherigen Erkenntnissen nicht zu rechtfertigen. Der Luftangriff war eine menschliche und politische Katastrophe. Wir kritisieren diese unverantwortliche Eskalation der Gewalt, die Rechtfertigung durch den Verteidigungsminister war und ist völlig unakzeptabel. Es ist ein Skandal, wie Franz-Josef Jung angesichts des tragischen Vorfalls taktierte, vertuschte und leugnete.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine vollständige Aufklärung des Vorfalls, die veränderten Einsatzregeln von ISAF müssen strikt befolgt werden. Eine solche Katastrophe darf sich nicht wiederholen.

### **Lage in Afghanistan nach den Präsidentschaftswahlen**

Nicht nur die deutsche Afghanistanpolitik ist durch verpasste Chancen, Halbherzigkeit und Fehler gekennzeichnet – auch die Situation in Afghanistan ist davon gezeichnet. Zudem hemmen Korruption, mangelnde Staatlichkeit, schlechte Infrastruktur und Misswirtschaft die Aufbauarbeit.

Der politische Prozess in Afghanistan ist von Rückschlägen begleitet. Die afghanischen Präsidentschaftswahlen waren eine Farce. Mindestens ein Viertel der Stimmen sind vermutlich gefälscht und die meisten davon für Hamid Karsai. Durch die massiven Fälschungen werden die Afghaninnen und Afghanen um ihre demokratischen Rechte betrogen und die Legitimation des internationalen Einsatzes geschwächt.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen daher die Entscheidung über eine Stichwahl zwischen Hamid Karsai und Abdullah Abdullah. Sie ist ein notwendiger erster Schritt auf den Weg zu einer legitimen afghanischen Regierung. Wir fordern einen freien und fairen zweiten Wahlgang. Klar ist: Eine verantwortliche Exitstrategie und neue Afghanistanpolitik brauchen legitime afghanische Partner, dazu gehört eine legitime Regierung und ein erfolgreich und demokratisch neugewähltes Parlament. Deshalb sind politische Verhand-

lungen der verschiedenen afghanischen Akteure, auch unter Einbeziehung von dialogbereiten Taliban oder anderen oppositionellen Kräften, ohne Alternative.

## **Kernpunkte für einen zivilen Aufbau und militärischen Abzugsplan**

Wir wollen, dass 2010 ein ziviler Aufbau- und militärischer Abzugsplan mit realistischen und verbindlichen Aufbauzielen für Afghanistan entwickelt wird, der die Übergabe der Verantwortung an die Afghanen und Afghaninnen verantwortlich gestaltet. Um diese Übergabe- und Abzugsperspektive zu erreichen, müssen wir jetzt die Weichen zügig stellen.

Wir GRÜNE kritisieren schon seit langem die Bundesregierung für ihre halbherzige und beschönigende Afghanistanpolitik – für das langjährige Versagen beim Polizeiaufbau, für das unzureichende zivile Engagement und die mangelhafte Koordinierung dieser Arbeit sowie für eine desaströse Informationspolitik.

Solche Forderungen sind Teil der einseitig militärfixierten Debatte, gerade auch in der Öffentlichkeit, unterstützt durch eine einseitige Informations- und Medienpolitik. Die zivile Seite braucht eine lautere Stimme. Sie ist der Maßstab, an dem sich der Abzug orientieren muss. Was kann und soll für die Afghaninnen und Afghanen erreicht werden; was kann nicht erreicht werden; woran erkennen wir, ob der Einsatz gescheitert ist? Diese Fragen lassen sich nur im Rahmen einer Strategie mit erreichbaren Zwischenzielen beantworten. Nur so lassen sich Fortschritte bilanzieren und vermitteln; nur so kann aber auch eine verantwortliche Entscheidung für einen Abzug getroffen werden, wenn die Ziele nicht erreicht werden. Auch der notwendige Druck zum Erreichen der Ziele kann nur aufgebaut werden, wenn klar ist, was wann erreicht werden soll. Das ist die Voraussetzung für einen verantwortungsvollen Rückzug, der sich nicht über das Militär definiert, sondern am Bedarf der Menschen in Afghanistan.

Doch wäre es falsch, aus dieser Kritik heraus für einen Sofortabzug einzutreten. Ein verantwortlicher Abzug braucht Zeit und eine gründliche Vorbereitung. Das geht nicht in wenigen Monaten. Ein Sofortabzug würde die noch schwache afghanische Zivilgesellschaft einem Bürgerkrieg zwischen Taliban und Warlords überlassen. Er hätte eine Eskalation von Gewalt und Krieg zur Folge und würde viele Früchte des jahrelangen Aufbaus zunichte machen. Wie zu Zeiten des afghanischen Bürgerkrieges müsste die Masse der Helfer abziehen und Hunderttausende von Rückkehrern nach Afghanistan würden wieder ins Exil in die Nachbarstaaten getrieben. Er wäre ein Brandbeschleuniger sondergleichen – und zudem ein Destabilisierungsprogramm für die instabile Atommacht Pakistan. Eine solche Position halten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für falsch.

Ebenso unverantwortlich ist aber eine auf Eskalation setzende Militärstrategie, die keinerlei Begrenzung des Zeithorizonts für den Einsatz vorsieht, der afghanischen Regierung keine Ziele vorgibt und sich so immer tiefer im „Weiter-so“ verstrickt.

Dagegen setzen wir auf eine verantwortliche Übergabe- und Abzugsperspektive und einen konkreten Abzugsplan, der folgende Kernpunkte enthalten muss.

### **1. Schluss mit kontraproduktiven Militäractionen!**

- Afghanische und internationale Sicherheitskräfte müssen Opfer unter der Zivilbevölkerung unter allen Umständen vermeiden. Der Schutz der Bevölkerung muss absolute Priorität haben. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und die Regeln des Humanitären Völkerrechts müssen eingehalten werden. Angriffe, wie der auf die Tanklaster, dürfen sich nicht wiederholen, dafür bedarf es einer politischen Führung, die eben nicht ein solches Vorgehen rechtfertigt.
- Außerhalb von ISAF darf es keine parallelen oder geheimen Militäroperationen geben.

- Im Rahmen des bisherigen "Weiter-so" ist eine Aufstockung des Bundeswehrkontingents nicht verantwortbar.

## **2. Primat des Zivilen – Zivil vor Militär!**

- Die Förderung von Staatlichkeit und zivilgesellschaftlicher Entwicklung auf den verschiedensten Ebenen ist Dreh- und Angelpunkt. Die Unterstützung beim zivilen und entwicklungspolitisch orientierten Aufbau, insbesondere in den Bereichen Justiz, Bildung, Infrastruktur und Landwirtschaft, muss sofort massiv ausgebaut werden. Mehr zivile Hilfe ist möglich und nötig. Dafür braucht es vor allem auch Erwerbsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, um dem Drogenanbau den Boden zu entziehen. Die Ausgabe von Saatgut und die Vergabe von Mikrokrediten sind dabei zwei erfolgreiche Maßnahmen, die ausgeweitet werden müssen, während wir die ineffiziente und ökologisch verantwortungslose Vernichtung der Mohnfelder von Kleinbauern ablehnen.
- Die Vereinten Nationen müssen eine stärkere Rolle in Afghanistan übernehmen. Dafür brauchen sie ausreichende Ressourcen und Kräfte und die deutsche Regierung sollte sich dafür in New York entschieden einsetzen.

## **3. Mehr Polizei!**

Die afghanische Polizei und die afghanische Armee müssen mittelfristig in der Lage sein, die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung zu garantieren. Die aktuell 111 deutschen Polizisten in Afghanistan sind viel zu wenig. Daher fordern wir, die Ausbildung von Polizei und Armee massiv zu verstärken.

- Europa muss hierfür kurzfristig 2000, Deutschland dabei mindestens 500 Polizeikräfte zur Verfügung stellen, damit der Aufbau der afghanischen Polizei zügig vorangeht.
- Um eine Trendwende bei der sich verschlechternden Sicherheitsentwicklung zu erreichen, fordern wir, dass die Bundesregierung nicht nur die Ausbildung von Polizei und Armee unterstützt, sondern die Bezahlung z.B. für 2500 zusätzliche afghanische Polizisten in der Provinz Kunduz, langfristig gewährleistet.
- Konkret wollen wir erreichen, dass schrittweise die gesamte Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände übertragen wird. Die besten Bedingungen, um mit einer Übergabe der Verantwortung zu beginnen, finden sich in den nördlichen Provinzen Balkh und Badakhshan. Hier sollte zügig ein solcher Prozess eingeleitet werden.

## **4. Menschenrechte verteidigen**

Menschenrechte sind universell und unteilbar. Auch und gerade bei internationalen Militärmisssionen darf es davon keine Abstriche geben.

- Wir fordern daher, Geheimgefängnisse wie in Bagram schnellstens zu schließen. Menschenrechtsorganisationen und die Vereinten Nationen müssen Zugang zu den Gefangenen haben.
- Der Flughafen Termez, von dem der Afghanistan-Einsatz logistisch unterstützt wird, darf nicht als Begründung für die Aufhebung von Sanktionen gegen das usbekische Regime herangezogen werden. Die Menschenrechtslage in Usbekistan hat sich nur unwesentlich verbessert. Auch die mit Sanktionen verbundenen Forderungen der EU wurden von der usbekischen Regierung bis heute nicht erfüllt. Daher darf das EU-Waffenembargo gegen Usbekistan nicht aufgehoben werden.

## **5. Mehr afghanische Eigenverantwortung – Korruption bekämpfen – lokale Strukturen stärken**

Wir wissen, dass die Konflikte in Afghanistan militärisch nicht zu lösen sind. Militär kann im besten Fall nur ein Zeitfenster für eine politische Lösung schaffen. Die Afghanen müssen in Schlüsselbereichen mehr Eigenverantwortung übernehmen. Die Entwicklung einer Abzugsperspektive wird politischen Druck erzeugen, der dabei hilft, einen solchen Prozess zu verstärken. Wir setzen auf verbindliche Standards, auf welche die afghanische Regierung festgelegt werden muss. Korruption und Vetternwirtschaft müssen bekämpft, die Zusammenarbeit mit friedensbereiten oppositionellen Kräften gesucht werden. Dabei muss zwischen den verschiedenen aufständischen Gruppen unterschieden werden, ein einfaches Freund-Feind-Schema hilft nicht weiter. Ein politischer Verhandlungsprozess unter Einbeziehung aller wichtigen Akteure ist unerlässlich. Dieser Verhandlungsprozess sollte, wo immer möglich, von der internationalen Gemeinschaft eng begleitet und unterstützt werden.

- Dazu gehört auch, dass lokale und regionale Strukturen verstärkt gefördert werden und Versöhnungsinitiativen unterstützt werden. Eine falsche zentralistische Orientierung hat zu einer Vernachlässigung der Provinzen geführt. Dies muss im Rahmen des weiteren Aufbaus geändert werden.

Afghanische Eigenverantwortung kann nur funktionieren, wenn es legitime Ansprechpartner gibt. Wenn es nicht gelingt, einen legitimen Präsidenten als afghanischen Partner zu haben und eine faire und freie Parlamentswahl 2010 durchzuführen, entstehen für die Legitimität des internationalen Einsatzes große Probleme. Wir wollen daher einen weiteren Prozess, an dessen Ende ein legitimierter Präsident steht, sowie eine faire und freie afghanische Parlamentswahl 2010 unterstützen.

## **6. Regionales Friedens- und Stabilitätsabkommen**

Die Stabilisierung in Afghanistan kann ohne eine Stabilisierung Pakistans und eine Einbindung der Nachbarn nicht gelingen. Islamische Staaten müssen mehr Verantwortung für eine konstruktive Konfliktlösung übernehmen.

- Die internationalen Gespräche und Verhandlungen mit allen Nachbarstaaten (auch Iran) über ein Friedens- und Stabilitätsabkommen in der Region müssen fortgesetzt werden, damit Afghanistan nach einem Truppenabzug nicht zum Spielball seiner Nachbarn wird. Wir fordern dabei die Bundesregierung auf, die vielfältigen Initiativen des amerikanischen Präsidenten Obama gegenüber islamischen Staaten und der islamischen Welt aus voller Kraft zu unterstützen.

## **7. Eine konkrete Abzugsperspektive**

Wenn der Einsatz in Afghanistan nicht in einem Trümmerhaufen enden soll, müssen die internationale Gemeinschaft und ihre afghanischen Bündnispartner jetzt gemeinsam den Aufbau verstärken, eine Abzugsperspektive mit einem konkreten Abzugsplan entwickeln und die internationalen Truppen schrittweise abziehen. Um überhaupt eine sich selbst tragende Entwicklung zu erreichen, sind ein intensiver Aufbauprozess und ein innerafghanischer Versöhnungsprozess notwendig. Dabei hat der amerikanische Oberbefehlshaber in Afghanistan, McChrystal, Recht, wenn er von einem letzten Zeitfenster für einen Kurswechsel spricht. Wird diese Chance versäumt, dann wird die Afghanistan-Politik der internationalen Gemeinschaft scheitern.

- Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Punkte in Brüssel bei EU und der NATO sowie bei den Vereinten Nationen in New York einzubringen. Zudem bitten wir die Bun-

destagsfraktion gemeinsam mit der Partei auf Basis dieser Kernpunkte an ihrer weiteren Ausgestaltung dieser Punkte zu arbeiten.

### **Anstehende Verlängerung Afghanistan-Mandate im Deutschen Bundestag**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen zu ihrer Verantwortung für die Menschen in Afghanistan und zu ihrer Verantwortung gegenüber den zivilen Helferinnen und Helfern sowie gegenüber den Soldatinnen und Soldaten. Aus dieser Verantwortung erwächst für uns die Verpflichtung, keine falsche Politik der Bundesregierung zu unterstützen. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie die bisherige, halbherzige Afghanistanpolitik der großen Koalition beendet und neue Anstrengungen unternimmt, um glaubhaft und erkennbar Fortschritte beim Aufbau zu erreichen.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben klare Kriterien an ein Mandat für eine Beteiligung an der International Security Assistance Force (ISAF). Das Mandat muss in einen zivilen Aufbauplan und einer militärischen Abzugsperspektive eingebunden sein, mit einem effektiven Aufwuchs im Bereich der zivilen Hilfe und des Polizeiaufbaus einhergehen und dem Schutz und dem Leben der afghanischen Bevölkerung absolute Priorität einräumen. Wir respektieren ausdrücklich, dass unsere Abgeordneten in dieser Entscheidung, die Gewissensfragen genau so berührt wie politische Grundsatzfragen, zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, dann empfehlen wir der Fraktion, zukünftigen Mandatsverlängerungen nicht zuzustimmen.
- Wir empfehlen der Bundestagsfraktion, eine Verlängerung des Mandats für die Operation Enduring Freedom (OEF) auch weiterhin abzulehnen.